

Protokollauszug gemeinsame Sitzung des Kinder- und Jugendausschusses mit dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung vom 25.10.2022

Zu Ö 5 Bericht des Kommunalen Integrationszentrums zur schulischen Si-tuation der Seiteneinsteiger*innen in der Stadt Aachen geändert beschlossen FB 56/0217/WP18

Frau Griepentrog begrüßt Herrn Rudig – Schulaufsicht und Frau Dogan – Leiterin des KI – Kommunalen Integrationszentrums.

Herr Rudig bedankt sich bei den Vorlagenersteller*innen des KI für die Arbeit und die Vorlage. Er stellt heraus, dass die Erstberatung eigentlich nicht die Kernaufgabe des KI sei. Daher sei es bemerkenswert, dass sich das KI dieser Aufgabe annehme. Dass aktuell keine Kinder auf der Warteliste stünden, zeige wie gut das KI arbeitet.

Herr Rudig dankt darüber hinaus allen Schulen, die sich bei der Integration der Seiteneinsteiger*innen beteiligen. Dies seien alle Schulen in allen Schulformen.

Er erläutert, dass er wöchentlich umfangreiches Datenmaterial über die COSMO – Koordinierungsstelle Bildungsmonitoring / Bezirksregierung erhalte. Daher sei die in der Vorlage genannte Zahl nicht mehr aktuell. Dann erhalte er auch Zahlen vom Schulamt der Städteregion. Die Zahlen würden aber oft schwanken und nicht immer übereinstimmen.

Im September sei die Zahl der neu zugewanderten Schüler*innen leicht zurückgegangen. Das liege zum einen an Rückkehrer*innen zum anderen aber auch daran, dass die Schulen ihre Anzahl an Seiteneinsteiger*innen nicht immer (vollständig) melden würden. Er würde die Schulen immer darum bitten, dies zu tun, da von der Anzahl dieser Schüler*innen die Stellenzuweisungen an die Schulen abhängen würden. Er gehe aber davon aus, dass mit weiteren ‚Wellen‘ zu rechnen sei und dass es langsam eng werde.

In Grundschulen handele es sich eher um ein Verteilungsproblem. Hier würden manche Grundschulen, die sich in der Nähe einer Flüchtlingsunterkunft befänden, sehr viele Seiteneinsteiger*innen beschulen, während andere Grundschulen nur von sehr wenigen Seiteneinsteiger*innen besucht würden.

Man habe sich gestern intensiv zum dem Thema ausgetauscht und er dankt Herrn Brötz, dass er diesen Austausch initiiert habe.

Herr Brötz dankt Herrn Rudig und ergänzt, dass gestern ein gutes Gespräch zur schulischen Situation im Sekundarbereich I der Seiteneinsteiger*innen in der Stadt Aachen mit vielen Beteiligten stattgefunden habe. Die Resonanz auf den Termin sei gut gewesen. Es hätten sich alle Schulformen und verschiedene

Fachleute, z. B. aus der Jugendhilfe etc. beteiligt. Das hätte gezeigt, dass bei den zentralen gesellschaftlichen Themen wie der Zuwanderung an einem Strang gezogen werde.

Es sei tatsächlich bemerkenswert, dass kein Kind auf der Warteliste stehe. Es werden aber weitere geflüchtete Kinder kommen und das nicht nur aus der Ukraine.

Inhaltlich sei es um folgende Aspekte gegangen:

- Bestandsaufnahme in den Schulen: wie wird die Eingliederung/ Integration dort wahrgenommen?
- Viele Ukrainer leben in der Erwartung in die Ukraine zurückzukehren. Daher unsteter Wunsch/ Motivation zur Integration
- Viele unbearbeitete Traumata
- Fehlender Raum an den Schulen, auch für internationale Förderklassen
- Sprache/ Teilintegration: für Kinder, die die deutsche Sprache gar nicht verstehen, ist es nicht förderlich/ motivierend 5-7 Stunden im deutschen Unterricht zu sitzen
- Land eröffnet neue Möglichkeiten, die es bisher nicht gab, u.a.
 - o Unterricht außerhalb des Stammschulgeländes
 - o Anpassung/ Reduzierung der über die Deutschförderung hinausgehenden Fachunterrichtsangebote
 - o Mehrphasenbetrieb im Nachmittagsbereich

Wichtig sei, Räume/ einen Ort zum Ankommen zu schaffen, wo die Kinder außerhalb des engen, schulischen Kontextes betreut werden können, um sie an die deutsche Sprache heranzuführen und ihnen ggfs. weitergehende Hilfen anbieten zu können. Trotzdem dürfe dabei die Integration nicht zu kurz kommen. Dazu müsse ein pädagogisches Konzept erstellt werden. Dazu habe sich eine Arbeitsgruppe mit Akteur*innen verschiedener Fachrichtungen gebildet. Das Ergebnis der anstehenden Überlegungen werde dann nochmal dem Ausschuss vorgestellt.

Herr Rohé lobt die Verwaltung und die Schulen dafür, dass sie sich dieser Herausforderung stellen. Die Aufgaben sei facettenreich, wie die Ausführungen von Herrn Brötz zeigen würden. Die Schulen würden damit eine enorme Leistung für den Zusammenhalt in der Gesellschaft erbringen.

Er sehe allerdings die Aufgabe bzw. die Zahlen nicht gleich verteilt, sondern habe den Eindruck, dass die zwei Hauptschulen besonders viele Seiteneinsteiger*innen aufgenommen hätten und das obwohl diese Schulen ohnehin schon mehr belastet seien.

Er halte es für wichtig, dass für die Schulen und den Ausschuss transparent werde, wer nach welchen Kriterien über die Aufnahme entscheidet.

Herr Auler bedankt sich im Namen der CDU-Fraktion ebenfalls für die Vorlage und die Arbeit der Verwaltung und der Schulen. Er betont, dass die Arbeit von der ganzen Schulgemeinschaft erbracht werde, auch die anderen Kinder und Eltern seien mitbetroffen. Es seien alle positiv engagiert und darüber sei er sehr froh.

Er plädiert aber gleichzeitig dafür, sich darauf vorzubereiten, dass zu der jetzt schon sehr hohen Anzahl noch weitere Geflüchtete hinzukommen werden.

Durch die neuen Erlasse des Landes sei nun mehr möglich, darüber sei er ebenfalls dankbar. Es müsse noch mehr getan werden um auf die Not angemessen zu reagieren.

Frau Dogan führt zu den Aufnahmekriterien aus, dass das KI bei allen jeweils in Frage kommenden Schulen der jeweiligen Schulform nach freien Plätzen fragen würde. Die Schulleitung würde dann über die Aufnahme entscheiden. In Ausnahmefällen käme es dann zu Zuweisungen durch die Schulaufsicht. Bei Grundschulen würde versucht nach dem Leitsatz ‚Kurze Beine, kurze Wege‘ möglichst wohnortnahe Schulen zu vermitteln.

Herr Rudig ergänzt, dass die Verteilung/ Zuweisung der Schülerinnen und Schüler formalrechtlich über ihn erfolge und das KI diese Anweisung umsetze. Dabei sei entscheidend, dass die Kinder überhaupt einen Schulplatz bekämen, die Schulform (Hauptschule, Realschule etc.) werde zunächst nicht geprüft. Es werde versucht, die von Herrn Rohé angesprochene Schiefelage der Verteilung zwischen den Schulformen auszugleichen. Auch die Gesamtschulen und Gymnasien würden zunehmend mehr Seiteneinsteiger*innen aufnehmen.

Frau Griepentrog schlägt vor, dass die Schulpolitiker*innen dieses Thema auch im Rahmen der Zukunftswerkstatt weiter vertiefen.

Beschluss (geändert):

Der Kinder- und Jugendausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung **zustimmend** zur Kenntnis.

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung nimmt die Ausführungen der Verwaltung **zustimmend** zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung:
einstimmig